

Pressespiegel

Inhalt | Ausgabe 06-08/2023

Neuer MEDI-Chef Dr. Norbert Smetak

„Ich möchte die exzellenten Selektivverträge bundesweit ausrollen“
änd – 20. Juli 2023

BDI vor KBV-Krisentreffen

„Es herrscht Endzeitstimmung“
änd – 31. Juli 2023

Wegen BMG „Faktenblatt“

Allianz deutscher Ärzteverbände schreibt an Bundeskanzler Scholz
änd – 14. August 2023

Vertragsärzte beschweren sich bei Scholz über das Gesundheitsministerium

Deutsches Ärzteblatt – 14. August 2023

Kassenärzte schicken Brandbrief an Kanzler Scholz

Handelsblatt – 15. August 2023

Hartmannbund

Praxisschließungen als „Instrument der Nadelstiche“
änd – 24. August 2023

Werden Sie weiterhin als Kardiologe in Ihrer Praxis in Kirchheim unter Teck praktizieren?

Ja, mit Unterstützung meines Praxispartners und einem Sicherstellungsassistenten. Ich sehe das wie Werner Baumgärtner. Es ist wichtig, an den Alltagsproblemen der Praxen weiterhin nah dranzubleiben. Nur mit dem unmittelbaren Wissen, kann man auch gute Berufspolitik machen.

Was ist mit Ihren anderen Funktionen als Vorstandsmitglied beim SpiFa, Bundesvorsitzender des Bundesverbands Niedergelassener Kardiologen oder Vizepräsident beim BDI – werden Sie die Ämter weiter ausführen?

Ich werde auch in den Funktionen weiter aktiv bleiben. Ich sehe das als einen großen Vorteil für die Vernetzung in der niedergelassenen Ärzteschaft und die Einflussmöglichkeiten. Da entstehen viele Synergien.

Unter den Verbänden der Niedergelassenen gibt es ja durchaus auch Befindlichkeiten und Wettbewerb. Ist das noch zeitgemäß oder sollten sich nicht alle mehr solidarisieren?

Wie ich gerade schon sagte, es gilt diese Befindlichkeiten und Gräben zu überwinden. Es bringt uns alle nicht weiter, wenn wir uns gegenseitig auch noch das Leben schwer machen. Wir haben ja am Ende alle die gleichen Probleme und Nöte. Die Politik versucht ja immer wieder die Player im Gesundheitswesen gegeneinander auszuspielen. Wir können aber unsere Interessen am besten durchsetzen und die momentan wenig arztfreundliche Politik beeinflussen, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Nur mit geballter Kraft können wir auch wirklich etwas erreichen.

Welche Themen stehen ganz oben auf Ihrer Agenda?

Oben an stehen politisch die aktuellen Referentenentwürfe – unter anderem zum Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz, aber auch zur Digitalisierung. Hier müssen wir unbedingt noch Korrekturen erwirken. Das Gleiche gilt für die Krankenhausreform vor allem beim Level II sowie beim Paragrafen 115 f des SGB V. Innerhalb von MEDI werden wir unser MVZ-Projekt weiter fortsetzen und ausbauen, um angestellte Kolleginnen und Kollegen in die Gesellschafterstrukturen und damit in die Selbstständigkeit zu begleiten. Auch unsere Digitalisierungsoffensive werden wir weiter vorantreiben und mit unserem Produkt Garrio in einigen Monaten eine eigene Praxissoftware auf den Markt bringen, um Unabhängigkeit zu erreichen und vor allem eine praxiskompatible Lösung anzubieten.

Mit Ihrer Gründung von Young MEDI haben Sie im vergangenen Jahr einen Generationenwechsel eingeleitet. Wie geht es in puncto Nachwuchs in der Berufspolitik bei Ihnen weiter?

Der Generationenwechsel ist ein ganz wichtiges Thema für uns. Die Bedürfnisse und Bedingungen der neuen Ärztegeneration ändern sich gravierend. Deshalb müssen wir Ärztinnen und Ärzte dieser Generation künftig noch stärker einbinden. Unser Nachwuchsprogramm Young MEDI wird immer mehr in unsere Alltagspolitik integriert. Zwei Sprecherinnen unseres Nachwuchsprogramms wurden in den geschäftsführenden Vorstand gewählt und werden künftig den Ton mit angeben.

Auch in den Niederlassungen findet jetzt mit dem vermehrten Rückzug der sogenannten Boomer-Generation ein Generationenwechsel statt. Die freiberufliche niedergelassene Einzelpraxis gehört künftig eher der Vergangenheit an, heißt es oft. Wie sieht ambulante Versorgung in den nächsten 20 Jahren aus?

Das ist schwer zu sagen. Es wird sicherlich eine Verzahnung zwischen Kliniken und niedergelassenen Bereichen geben. Natürlich werden sich Konzentrationsprozesse aufgrund des Arztmangels einstellen und die Digitalisierung wird zunehmend Einfluss nehmen. Es wird auch eine Weiterentwicklung der bisherigen Assistenzberufe geben, wie beispielsweise speziell ausgebildete MFA oder PA.

Das Thema Proteste hat sich MEDI auch ganz oben auf die Agenda geschrieben? Was bringen Sie wirklich außerhalb der symbolischen Wirkung?

Sie zeigen Solidarität und reißen Kolleginnen und Kollegen aus ihrer Lethargie und Resignation heraus. Die aktuelle Unzufriedenheit ist ja so groß wie nie zuvor. Es ist wirklich ernst. Es ist gut, wenn wir diese Stimmung gemeinsam zum Ausdruck bringen können, damit es nach außen auch ankommt, wie die Lage der Niedergelassenen und ihrer Praxisteams wirklich ist. Diese Geschlossenheit ist wichtig gegenüber der Politik – auch als Symbolik. Wir werden weitere Proteste planen, in noch größeren Allianzen und schärfere Maßnahmen ergreifen, wenn sich nichts ändert. Das wird dann irgendwann auch über Symbolpolitik hinausgehen.

Haben Sie so etwas wie eine Vision?

Ja, ich möchte die exzellenten Selektivverträge bundesweit ausrollen. Das wird das Selbstbewusstsein und Standing der Niedergelassenen so weit stärken, dass wir besser in der Lage sein werden, unsere Interessen sowohl gegenüber dem GKV-Spitzenverband als auch der Politik suffizient zu vertreten. Denn die Verträge sind echte Best-Practice-Beispiele und zeigen eindeutig: Eine bessere Versorgung und Behandlung für Patientinnen und Patienten mit einer adäquateren Vergütung ist möglich und auch für das Gesundheitssystem langfristig effizienter. Das wissen wir aus Baden-Württemberg seit vielen Jahren. Außerdem werden wir weiterhin für das Streikrecht kämpfen. Es kann uns helfen, unsere Forderungen besser und schneller durchzusetzen.

Worauf freuen Sie sich bei Ihrer neuen Aufgabe am meisten?

Auf die vielfältigen neuen Aufgaben in einem tollen Team. Und darauf, noch mehr mitzugestalten im Interesse der Kolleginnen und Kollegen.

Zur Person: Dr. Norbert Smetak

- **1958** geboren in Esslingen
- **1978 bis 1985** Studium der Humanmedizin in Tübingen mit anschließender Facharztausbildung zum Internisten und Kardiologen im Klinikum Ludwigsburg
- seit **1993** niedergelassen als Kardiologe mit eigener Praxis in Kirchheim unter Teck
- seit **2007** Bundesvorsitzender des Bundesverbands Niedergelassener Kardiologen e. V.
- **2015 bis 2023** stellvertretender Vorsitzender MEDI Baden-Württemberg e. V.
- seit **2021** Vorstandsmitglied Spitzenverband Fachärzte Deutschlands e. V. seit
- **2020** 1. Vizepräsident des Berufsverbands Deutscher Internistinnen und Internisten e. V.
- **seit 2018** Vorstandsvorsitzender fachübergreifende Fortbildung und Versorgungsforschung der MEDI Verbände e. V. (IFFM)

- **19. Juli 2023** gewählt zum Vorsitzenden von MEDI Baden-Württemberg e. V.

20.07.2023 11:32, Autor: Tanja Reiners, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG
Quelle: <https://www.aend.de/article/224325>

BDI vor KBV-Krisentreffen

„Es herrscht Endzeitstimmung“

Der Frust in den Praxen über die Gesundheitspolitik wächst. Für den 18. August hat die Kassenärztliche Bundesvereinigung deshalb KVen und Berufsverbände zu einer Krisensitzung nach Berlin geladen. Was erwarten die Verbände von dem Treffen? Der änd hat sich umgehört. Heute: der Berufsverband Deutscher Internistinnen und Internisten (BDI).



BDI-Vorsitzende Neumann-Grutzeck: „Wir erwarten Einigkeit und ein eindeutiges Signal, dass die Vertragsärztinnen und -ärzte die Geduld verloren haben. Es reicht jetzt!“

©BDI

Zwischen Enttäuschung und Zorn schwanke die Stimmung, beschreibt die BDI-Vorsitzende Christine Neumann-Grutzeck die derzeitige Gefühlslage in den Praxen. Man fühle sich von der Politik übergangen, nicht wertgeschätzt und nicht wahrgenommen. „Gegenüber der ambulanten Versorgung herrscht eine so massive Ignoranz, dass die niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen das Gefühl haben, die letzte Generation der ambulanten Ärzteschaft zu sein. Es herrscht Endzeitstimmung“, sagt die BDI-Chefin.

Als größtes Problem in der ambulanten Versorgung macht sie den Fachkräftemangel aus. „Das betrifft sowohl den Mangel an Medizinischen Fachangestellten und Praxispersonal als auch den ärztlichen Bereich.“ Für viele werde es immer schwieriger, Nachfolger für ihre Praxen zu finden.

Dazu komme der Investitionsstau in den Praxen und die Kostensteigerungen, die nicht refinanziert würden. Neumann-Grutzeck: „Personalkosten, Dienstleistungen und Energie- und Materialkosten sind in den letzten Jahren im hohen zweistelligen Bereich gestiegen. Dafür benötigt es einen Ausgleich. Die Vertragsärzte bekommen aber nur einen Bruchteil refinanziert – und das mit erheblicher Verzögerung.“ Die Praxen

litten daher unter einem „eklatanten Wettbewerbsnachteil“ im Rennen um qualifiziertes Personal mit den Kliniken.

„Wir kämpfen auch für die nächste Generation“

Für den Ärztenachwuchs werde eine Niederlassung zunehmend unattraktiv. „Das ist ein entscheidender Punkt, den die Politik kontinuierlich übersieht“, kritisiert die BDI-Chefin. Die Situation lasse sich nicht mehr mit der Lage vor 10 oder 20 Jahren vergleichen. „Wir kämpfen deshalb nicht nur für die Kollegen, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen, sondern insbesondere für die nächste Generation, die unsere Versorgung auch mittel- und langfristig sicherstellen soll“, sagt Neumann-Grutzeck.

Ein weiteres Problem sei die fehlende Steuerung im Gesundheitswesen. Die Folge sei eine Überlastung der ambulanten Strukturen, „die in dieser Form nicht mehr lange funktionieren wird“, prophezeit die Verbandsvorsitzende. „Wenn wir das hohe Qualitätsniveau in der Versorgung erhalten wollen, müssen wir effektive Mittel finden, um die Gesundheitsbildung der Menschen zu erhöhen und sie bedarfsgerecht durch das System zu lotsen.“

Entsprechend sind ihre Erwartungen an den Krisengipfel der KBV am 18. August: „Wir erwarten Einigkeit und ein eindeutiges Signal, dass die Vertragsärztinnen und -ärzte die Geduld verloren haben. Es reicht jetzt! Es geht darum, dass wir geschlossen aus unserem Dornröschenschlaf aufwachen und eine Botschaft senden, die die Politik wahrnimmt.“

„Wir wollen ein klares Bekenntnis zur vertragsärztlichen Versorgung“

Es dürfe künftig keine Gesundheitspolitik mehr geben, ohne die Einbindung der Ärztinnen und Ärzte, fordert sie. „Gute Politik entscheidet mit und nicht über die Menschen. Gute Reformen werden mit denjenigen gemacht, die sie in der Praxis auch umsetzen müssen – sei es bei der Krankenhausreform, der Notfallversorgung oder der intersektoralen Versorgung. Das hilft auch, den ein oder anderen handwerklichen Fehler zu vermeiden“, sagt Neumann-Grutzeck.

Ihre zweite Forderung: eine adäquate Finanzierung der ambulanten Strukturen. Dazu gehörten die „angemessene Steigerung“ des Orientierungswertes, die Entbudgetierung der Haus- und Fachärzte und eine nachhaltige Finanzierung der Weiterbildung im ambulanten Bereich. Außerdem brauche es von der Politik „ein klares Bekenntnis zur vertragsärztlichen Versorgung“.

Für Neumann-Grutzeck sollte daher folgendes Signal von dem Treffen ausgehen: „Wir stehen gemeinsam: Für eine gute Patientenversorgung, aber auch für den Auftakt von weiteren und umfassendere Protestmaßnahmen, die für die Versorgung spürbar sind, wenn die Vertragsärztinnen und -ärzte weiter so missachtet werden.“

31.07.2023 09:38, Autor: mm, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG

Quelle: <https://www.aend.de/article/224454>

Wegen BMG-„Faktenblatt“

Allianz deutscher Ärzteverbände schreibt an Bundeskanzler Scholz

Er möge BMG-Chef Lauterbach auf seine Pflicht zur Neutralität, insbesondere während laufender Honorarverhandlungen, hinweisen: Mit dieser Forderung haben sich ärztliche Verbände an Bundeskanzler Olaf Scholz gewendet. Anlass: Das „Faktenblatt“ des BMG zur Einkommenssituation der Kassenärzte.



Scholz soll Lauterbach "an seine Pflichten erinnern", fordern die Verbände.

©Deutscher Bundestag/Xander Heini / photothek

Dieses, bemängelt die Allianz deutscher Ärzteverbände, sei nicht nur „tendenziös“, sondern „wäre ohne weitere Quellenangabe auch dem Kassenlager zuordenbar“. Darin sehen die Verbände einen „klaren Verstoß gegen das staatliche Neutralitätsgebot“. Unterzeichnet haben das Schreiben Dr. Norbert Smetak (MEDI), Prof. Dr. Anke Lesinski-Schiedat (Hartmannbund), Dr. Dirk Heinrich (Virchowbund), Christine Neumann-Grutzek (Berufsverband Deutscher Internistinnen und Internisten) und Dr. Jörg-Andreas Rüggeberg (Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände).

Wir dokumentieren den Brief im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

mit großem Befremden haben wir in dieser Woche die Parteinahme des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) im Zusammenhang mit den in dieser Woche angelaufenen Honorarverhandlungen zwischen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem Spitzenverband der

Gesetzlichen Krankenkassen zur Kenntnis nehmen müssen.

Das Ministerium hat an ausgewählte Redaktionen ein „Faktenblatt“ mit der einseitigen Darstellung der Umsatzsituation der Vertragsärztinnen und Vertragsärzte ohne Betrachtung der wirtschaftlichen Gegebenheiten und der Behandlungsumfänge (Stichwort: Verlagerung von ambulant zu stationär) verbreitet. Dieses Papier ist einseitig, in seinem Kern tendenziös und wäre ohne weitere Quellenangabe auch dem Kassenlager zuordenbar.

Angesichts der laufenden Verhandlungen ist dies ein schwerwiegender Eingriff in die „Tarifautonomie“ der gemeinsamen Selbstverwaltung – für welche eben das BMG allenfalls die Rechts-, aber keinesfalls die Fachaufsicht hat. Zudem stellt diese Form der Einmischung aus unserer Sicht einen klaren Verstoß gegen das staatliche Neutralitätsgebot dar.

Besonders zu erwähnen ist der Abschnitt über „Umsätze“ der Praxisärzte während der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 bis 2022. Damit wird uns Ärztinnen und Ärzten stillschweigend unterstellt, an der Pandemie unlauter verdient zu haben.

Richtig ist vielmehr: Gerade die Praxisteams waren zu Beginn der Pandemie weitestgehend schutzlos. Sie mussten Hygienemaßnahmen in den Praxen selbst organisieren, litten unter Lieferengpässen bei Masken und haben ihre Praxen dennoch offengehalten. Andere Bereiche, insbesondere einige Krankenhäuser, gingen im gleichen Zeitraum in Kurzarbeit. Daher ist es mittlerweile bekannt, dass in den Praxen 19 von 20 Covid-19-Erkrankte behandelt wurden und die Praxisärzte den zentralen Anteil an der Bewältigung der Pandemie hatten.

Die Impfkampagne in Deutschland wäre ohne die Impfungen in den Praxen kein Erfolg geworden. All dies ist nicht nur den Anstrengungen der Praxisärzte, sondern vor allem deren Praxisteams zu verdanken. Dass für Praxisteams und Organisation enorme Aufwendungen entstanden sind und den zusätzlichen Einnahmen entsprechend Kosten gegenüberstanden, blendet das Papier dies gezielt aus. In den Praxen herrscht mittlerweile Fachkräftemangel, insbesondere weil dort vergleichbare Gehälter von Angestellten in der stationären Pflege oder in den Krankenkassen nicht gezahlt werden können, obwohl diese Bereiche um dieselben Fachkräfte werben. Diesen Bedarf unter den Tisch fallen zu lassen, während er für die Pflege und die gewerkschaftlich organisierten Sozialversicherungsangestellten der Krankenkassen akzeptiert ist, widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz. Dass dies durch ein SPD-geführtes Ministerium vorangetrieben wird, ist für uns unverständlich.

Durch den einseitigen Fokus auf Umsätze zeichnet das Bundesministerium für Gesundheit ein tendenziöses Bild, das wider besseren Wissens verbreitet wird. Die Unfähigkeit des BMG, Strukturreformen auf den Weg zu bringen, die nachhaltig gewährleisten, dass Mittel zielgerichtet und effizient eingesetzt werden, ist keine Entschuldigung für die einseitige Parteinahme für einen einzelnen Akteur im Gesundheitswesen, in diesem Fall für die Gesetzlichen Krankenkassen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir bitten Sie, den Bundesminister für Gesundheit, Prof. Dr. Karl Lauterbach, diesbezüglich auf seine Pflichten hinzuweisen – insbesondere darauf, dass er in der aktuellen Verhandlungssituation strikte Neutralität zu wahren hat.

Mit freundlichen Grüßen

Allianz Deutscher Ärzteverbände“

Ärzeschaft

Vertragsärzte beschweren sich bei Scholz über das Gesundheitsministerium

Montag, 14. August 2023



/picture alliance, Fabian Sommer

Berlin – Vergangene Woche hatte sich das Bundesministerium für Gesundheit ([BMG](#)) mit einem „Faktenblatt“ unter anderem zur Honorarentwicklung der vertragsärztlichen Versorgung an Journalisten gewendet. Das hatte die Ärzteschaft verärgert. Sie beschweren sich nun bei Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) über das Ministerium von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD).

Was war passiert? Seit der vergangenen Woche laufen die Honorarverhandlungen für die ambulante ärztliche Versorgung. Zugleich hatten Ärzteverbände Protestaktionen angekündigt. Diese hatten auf einer Protestseite im Netz Fragen und Antworten bereitgestellt.

Die Ausführungen gefielen dem BMG offenbar nicht. Als Reaktion listete es in einem „Faktenblatt“ etwa auf, wie sich die Honorare aus Sicht des BMG entwickelt haben. Als Quelle nutzt das Haus von Bundesgesundheitsminister Lauterbach Zahlen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Was das Ministerium aber etwa nicht schrieb, ist, dass sich mit den gestiegenen Honoraren auch die Fallzahlen deutlich erhöht haben.

Der Spitzenverband Fachärzte Deutschlands ([Spifa](#)) warf dem Ministerium daraufhin vor, sich auf eine Seite zu schlagen. Mitten in den beginnenden Honorarverhandlungen zwischen [GKV-Spitzenverband](#) und [Kassenärztlicher Bundesvereinigung](#) über die Anpassung des Orientierungspunktwertes aufgrund der Inflation und der Mengenentwicklung, presche das BMG mit einem Papier an die Presse voran und bezichtige die Ärzteschaft der Verbreitung von Unwahrheiten, schrieb vergangene Woche der Spifa.

Dies sei ein schwerwiegender Eingriff in die „Tarifautonomie“ der gemeinsamen Selbstverwaltung. Das Bundesgesundheitsministerium habe aus Sicht des Ärzteverbands allenfalls eine Rechts-, aber keinesfalls die Fachaufsicht. „Es verstößt zudem mit diesem Vorgehen gegen seine staatliche Neutralitätspflicht.“

Heute dann die nächste Eskalationsstufe mit dem Brief an den Bundeskanzler, den die Allianz Deutscher Ärzteverbände – Hartmannbund, Medi Geno, Virchowbund, Berufsverband Deutscher Internistinnen und Internisten und die Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände unterzeichnet haben.

Sie schreiben, man habe „mit großem Befremden“ die Parteinahme des BMG im Zusammenhang mit den angelaufenen Honorarverhandlungen zur Kenntnis nehmen müssen. Das „Faktenblatt“ des Ministeriums sei „einseitig, in seinem Kern tendenziös und wäre ohne weitere Quellenangabe auch dem Kassenlager zuordenbar“. Das stelle in dieser Form der Einmischung einen klaren Verstoß gegen das staatliche Neutralitätsgebot dar.

Besonders erwähnenswert finden die Ärzte den Abschnitt über „Umsätze“ der Praxisärzte während der Coronapandemie in den Jahren 2020 bis 2022. „Damit wird uns Ärztinnen und Ärzten stillschweigend unterstellt, an der Pandemie unlauter verdient zu haben“, hieß es. Die Impfkampagne wäre ohne die Impfungen in den Praxen kein Erfolg geworden.

„All dies ist nicht nur den Anstrengungen der Praxisärzte, sondern vor allem deren Praxisteams zu verdanken. Dass für Praxisteams und Organisation enorme Aufwendungen entstanden sind und den zusätzlichen Einnahmen entsprechend Kosten gegenüberstanden, blendet das Papier gezielt aus“, schreiben die Ärzteverbände.

Sie weisen darauf hin, dass in den Praxen mittlerweile Fachkräftemangel herrscht, insbesondere weil dort vergleichbare Gehälter von Angestellten in der stationären Pflege oder in den Krankenkassen nicht gezahlt werden könnten, obwohl diese Bereiche um dieselben Fachkräfte werben.

Diesen Bedarf unter den Tisch fallen zu lassen, während er für die Pflege und die gewerkschaftlich organisierten Sozialversicherungsangestellten der Krankenkassen akzeptiert sei, widerspreche dem Gleichbehandlungsgrundsatz. Dass dies durch ein SPD-geführtes Ministerium vorangetrieben werde, sei „unverständlich“.

Durch den einseitigen Fokus auf Umsätze zeichne das BMG ein tendenziöses Bild, das wider besseren Wissens verbreitet werde. Die Unfähigkeit des BMG, Strukturreformen auf den Weg zu bringen, die nachhaltig gewährleisten, dass Mittel zielgerichtet und effizient eingesetzt werden, sei „keine Entschuldigung für die einseitige Parteinahme“ für die Krankenkassen.

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir bitten Sie, den Bundesminister für Gesundheit, Prof. Dr. Karl Lauterbach, diesbezüglich auf seine Pflichten hinzuweisen – insbesondere darauf, dass er in der aktuellen Verhandlungssituation strikte Neutralität zu wahren hat“, erklärten Norbert Smetak (Medi Geno), Anke Lesinski-Schiedat (Hartmannbund), Dirk Heinrich (Virchowbund), Christine Neumann-Grutzek (Berufsverband Deutscher Internistinnen und Internisten) und Jörg-Andreas Rüggeberg (Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände). © may/aerzteblatt.de

4 Wochen für 1€**29,99€**

Zum Angebot

Handelsblatt

MEINE NEWS HOME POLITIK UNTERNEHMEN TECHNOLOGIE FINANZEN MOBILITÄT KARRIERE ARTS & STYLE MEINUNG VIDEO SERVICE

Deutschland Konjunktur International

Handelsblatt > Politik > Deutschland > Kassenärzte schicken Brandbrief an Kanzler Scholz

Suchbegriff, WKN, ISIN

HÖHERE HONORARE

Kassenärzte schicken Brandbrief an Kanzler Scholz

Die Ärzteschaft fordert ein Honorarplus von mehr als zehn Prozent und wirft Gesundheitsminister Lauterbach Parteinahme vor. Sind die Forderungen berechtigt?



Jürgen Klöckner

15.08.2023 - 15:39 Uhr • [1 x geteilt](#)

Frau in Arztpraxis

Die Ärzte in den Praxen wollen für ihre Arbeit deutlich mehr Geld.

(Foto: DigitalVision/Getty Images)

Berlin. Es ist ein sattes Plus, das die Ärzteschaft in den laufenden Honorarverhandlungen mit den gesetzlichen Krankenkassen fordert:

Mehr als zehn Prozent verlangt die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) für Praxen für das kommende Jahr.

Darüber sollen unter anderem die höheren Ausgaben durch die Inflation und Gehälter finanziert werden. Ansonsten müssten Praxen schließen, warnt die KBV. Die Forderungen entsprechen Mehrausgaben von rund vier Milliarden Euro, die die finanziell klammen Krankenkassen zahlen müssten.

In der vergangenen Woche ging die erste Verhandlungsrunde darüber ergebnislos zu Ende. Die Kassenseite war lediglich zu einem Plus von 2,1 Prozent bereit. Der Ärger darüber ist bei der Ärzteschaft groß. Ende August gehen die Verhandlungen in die nächste Runde.

Die finanzielle Ausstattung der medizinischen Berufe ist längst zum Politikum geworden. Erst vor wenigen Wochen streikten Apotheker, um höhere Honorare durchzusetzen. Auch Kliniken wollen mehr Geld. Ähnlich gereizt ist die Stimmung in den Praxen, aktuell warnen Kassenärzte deutschlandweit vor einem „Praxenkollaps“.

THEMEN DES ARTIKELS



Gesundheits- und Pflegepolitik

Medizin

Erhalten Sie Zugriff zu diesem und jedem weiteren Artikel im Web und in unserer App.

[Jetzt weiterlesen](#)

Sie sind bereits registriert? [Jetzt anmelden](#)

Empfohlen von Outbrain



Russland-Experte



Ukraine-Krieg



Billigflieger

Hartmannbund

Praxisschließungen als „Instrument der Nadelstiche“

Der Hartmannbund unterstützt den Protest der Praxen gegen die Gesundheitspolitik, dazu gehören auch Praxisschließungen. Der Verband stellt aber klar: Die Vertragsärzteschaft sollte nur mit Maßnahmen drohen, die sie „auch überzeugend umsetzen“ können. Auch der Berufsverband Deutscher Internistinnen und Internisten (BDI) will sich dem Protesttag im Oktober anschließen.



Aktuell 13 Verbände rufen für den 2. Oktober zu einem ersten bundesweiten Aktionstag auf. Dann soll es auch Praxisschließungen geben.

©ArTo/ stock.adobe.com

Mehr Geld, weniger Bürokratie und weg mit Budgets und Regressen – das sind einige der sieben Forderungen, die die Kassenärztliche Bundesvereinigung Ende vergangener Woche an Gesundheitsminister Karl Lauterbach geschickt hat. Die Antworten des Ministers erwartet die KBV bis spätestens 13. September. Der Hartmannbund unterstützt den Beschluss der KBV-Vertreterversammlung: Der verabschiedete Forderungskatalog sei das „logische Konzentrat der auch vom Hartmannbund seit Monaten und Jahren an die Politik gerichteten Appelle“, teilt der Verband auf änd-Anfrage mit.

Mit Blick auf die Forderung an den Minister, „kurzfristig klare Antworten zu geben und vor allem unverzüglich entsprechende Gesetzgebungsverfahren einzuleiten“, sei es sinnvoll gewesen, „diesen Katalog nicht zu überfrachten – schon gar nicht durch unzählige Details“. Zumal die Forderungen nur der Auftakt seien und nicht das „Finale der Adressierung ambulanter Forderungen an die Politik“.

Sollte Lauterbach die Forderungen ignorieren oder ihnen nicht nachkommen, müssten KBV und Berufsverbände „gemeinsam Maßnahmen planen“, um die nötige Schlagkraft zu erreichen. „Entscheidend ist aus unserer Sicht, dass man nur mit Maßnahmen „droht“, die man anschließend, getragen von einer beeindruckenden Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen in den Praxen, auch überzeugend umsetzen kann – logistisch und juristisch“, heißt es aus dem Hartmannbund.

Aktuell 13 Verbände rufen für den 2. Oktober zu einem ersten bundesweiten Aktionstag auf – mit Praxisschließungen, Infoveranstaltungen und regionalen Demonstrationen. Der Hartmannbund gehört offiziell nicht dazu, will seine Mitglieder aber dazu aufrufen, diesen Protesttag zu unterstützen. „Protest muss jetzt überzeugend sein“, so der Verband.

Praxisschließungen oder „zumindest die deutliche Reduzierung der Zurverfügungstellung ärztlicher Leistungen“ gehören für den Hartmannbund „in den Instrumentenkasten eines erfolgreichen Protestes“ und seien „ein Instrument der Nadelstiche“.

Auch der BDI will sich dem Protest anschließen

Wie man den Protest der Vertragsärzteschaft erfolgreich gestalten kann, und welche Rolle langfristige Praxisschließungen spielen können, bespreche man aktuell mit anderen Verbänden. „Wir wollen aber am Ende – und das gebietet der Respekt – nicht vergessen, dass es die Entscheidung jedes einzelnen Praxisinhabers ist, ob und in welchem Umfang er seine Praxis schließt.“

Auch der Berufsverband Deutscher Internistinnen und Internisten (BDI) will sich dem Protesttag im Oktober anschließen. Die KBV-Forderungen zeigten auf, wo die Politik dringend strukturell nachbessern muss. „Wenn man diese Forderungen umsetzen kann, wäre das ein wichtiger Schritt für die Sicherstellung der ambulanten, vertragsärztlichen Versorgung“, so ein Verbandssprecher.

24.08.2023 08:53, Autor: mm, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG

Quelle: <https://www.aend.de/article/224790>